

## "Eine entscheidende Etappe" in Le Populaire (14. Mai 1960)

**Legende:** Am 14. Mai 1960 kommentiert die französische sozialistische Tageszeitung Le Populaire die Entscheidung der Sechs, die Umsetzung der Ziele des Vertrags zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zu beschleunigen.

**Quelle:** Le Populaire. 14.05.1960. Paris: Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO). "Etape décisive", auteur:Thibault, Pierre.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/eine\\_entscheidende\\_etappe\\_in\\_le\\_populaire\\_14\\_mai\\_1960-de-7108a6a1-eacc-4556-9d94-042a02595fac.html](http://www.cvce.eu/obj/eine_entscheidende_etappe_in_le_populaire_14_mai_1960-de-7108a6a1-eacc-4556-9d94-042a02595fac.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Eine entscheidende Etappe

Im europäischen Aufbauwerk wurde soeben eine neue und wichtige Etappe eingeläutet. Zwar sind die Entscheidungen, die getroffen wurden, von großer Tragweite, es sollte aber vor allem die Stimmung hervorgehoben werden, die während der Tagung des Ministerrates der Sechs herrschte: der Wunsch, Ergebnisse zu erzielen, der Willen, die Hindernisse auf dem Weg zur Einheit zu überwinden. Gestern sprach man in Brüssel von historischen Augenblicken, die den Wunsch unterstreichen, einen unumkehrbaren Weg einzuschlagen – so die Worte Walter Hallsteins, des Verfassers des Planes zur beschleunigten Verwirklichung der Vertragsziele, der gestern von den sechs Ministern verabschiedet wurde.

Die Einwände der einzelnen Partnerländer mussten natürlich berücksichtigt werden und der Entwurf wurde nicht in der Form verabschiedet, in der er vorgelegt worden war.

So ist bekannt, dass die deutsche Regierung in Bezug auf die Zolltarife ein vermindertes Tempo für die Beschleunigung gefordert hatte. Die vorgezogenen Änderungen werden nun Ende des Jahres statt bereits am 1. Juli kommen. Das Prinzip wurde jedoch anerkannt und sieht folgendermaßen aus:

- Zum 1. Januar 1961 werden die Binnenzölle um 20 % reduziert, am 1. Januar 1962 um weitere 10 %. Weitere 10 % können am 30. Juni 1961 abgezogen werden. Insgesamt käme man also auf 50 %, wie es im Hallstein-Plan vorgesehen war (am 1. Januar 1959 gab es bereits eine Senkung um 10 %).
- Der gemeinsame Außentarif wird zum 1. Januar 1961 um 20 % gesenkt. Um Drittländer nicht zu stark zu behindern, ist diese Senkung an gewisse Bedingungen der Gegenseitigkeit gebunden. Jedes Mitglied wird einige Ausnahmen geltend machen können.
- Schließlich sollen bis 1962 die mengenmäßigen Beschränkungen vollständig abgeschafft werden.

Diese Maßnahmen haben nicht nur Auswirkungen auf die industrielle Produktion, da der Handel zwischen den Sechs nach und nach auf einer neuen Grundlage stattfinden wird, sondern sie betreffen auch den Agrarsektor, in dem sehr spezifische Probleme bestehen. Der Hallstein-Bericht bezog die Agrarerzeugnisse in den Beschleunigungsplan mit ein. Die Niederlande als Exportland für Agrarerzeugnisse schlossen sich diesem Plan an, weil sie in einer Senkung der Binnen- und der Außenzölle große Vorteile sahen. Die Bundesrepublik Deutschland, die größtenteils Industrieland ist und einen gewissen Schutz für ihren Agrarsektor behalten will, zeigte sich gleichzeitig besorgt über die Beschleunigungsmaßnahmen für ihre Landwirtschaft. Das Gleiche gilt für die anderen Länder des Binnenmarktes, wenn auch in geringerem Maße. Es sollte hier ebenfalls bemerkt werden, dass Deutschland bisher – entgegen dem EG-Vertrag – ein System bilateraler Abkommen nutzte, um seine Industriegüter leichter zu verkaufen.

In der Tat drehten sich die Diskussionen häufig um diese Frage der Landwirtschaft; zu guter Letzt konnte jedoch eine Einigung erzielt werden, die dem Grundsatz der Beschleunigung nicht widerspricht.

Demnach wird einerseits die Reduzierung der Binnenzölle nur 5 % betragen, die mengenmäßigen Beschränkungen werden für die Gesamtkontingente in Staffeln von 20 % pro Jahr aufgehoben, und der gemeinsame Außenzolltarif wird nicht wie für die Industriegüter gesenkt, was den Außenwettbewerb stark einschränkt.

Andererseits wurde vor allem den Prinzipien des Vertrags entsprechend beschlossen, dass die Beschleunigung des Binnenmarktes gleichzeitig mit einer gemeinsamen Agrarpolitik stattfinden soll. Dazu werden bis zum 1. Januar 1961 mehrere Ministertagungen stattfinden, um die Folgen der ersten beschlossenen Maßnahmen zu prüfen, die weiteren in diesem Bereich zu treffenden Maßnahmen zu definieren und eventuell die Maßnahmen hinsichtlich der Zolltarife und Kontingente zu modifizieren. Ein Sonderausschuss wird damit beauftragt, bis zum 30. Juni einen Bericht über diese gemeinsame Politik zu verfassen, der im Anschluss den einzelnen Instanzen zur Prüfung und Beschlussfassung vorgelegt werden wird.

Was Drittländer und insbesondere die sieben Staaten der kleinen Freihandelszone angeht, wurde der Wunsch nach einer liberalen Politik ihnen gegenüber unterstrichen, da die Sechs nicht die Absicht hegten, sich in der Mitte Europas abzuschotten. Die Senkung der gemeinsamen Außenzölle ist in dieser Hinsicht bezeichnend. Bis zum 1. Januar 1961 werden die Verhandlungen weitergeführt, um eine Einigung mit den Sieben zu erzielen und so „die gegenseitigen Zollschränken zu senken“, ohne jedoch „dabei die Einrichtung der Zollunion in Frage zu stellen, die die Grundlage der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist“.

In der gemeinsam verabschiedeten Erklärung muss schließlich auch betont werden, dass man sich bemüht, „die Beschleunigung so schnell wie möglich fortzusetzen, und zwar nicht nur im Bereich der Zollunion, sondern parallel dazu auch in allen Bereichen der wirtschaftlichen Integration“. Somit wird die Harmonisierung im Sozialbereich auch beschleunigt werden (z. B. die Entlohnung für Frauen und Männer oder Sozialabgaben). Ebenso wird die Hilfe für Übersee-Länder dem Entwicklungsrhythmus angeglichen.

Angesichts dieser Beschlüsse und Zusagen wird deutlich, wie entscheidend die Arbeit des Ministerrates des Gemeinsamen Marktes für das europäische Aufbauwerk ist. Soeben wurde ein wirklich bedeutender Schritt getan.

Pierre Thibault.